



SCHWEIZERISCHER BUNDESRAT
 CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE
 CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

Beschluss

Décision

129

Decisione

26. Januar 1983

Ausgestellt

VERTRAULICH

VERTRAULICH

Aktivitäten des Leiters des Libyschen Volksbüros in Bern,
 Mohamed Abdelmalek. Antrag auf Abberufung des Genannten wegen
 nachrichtendienstlicher Tätigkeiten gegen die Schweiz

- Justiz- und Polizeidepartement. Antrag vom 4. Oktober 1982
 (Beilage)
 Departement für auswärtige Angelegenheiten. Mitbericht
 vom 20. Oktober 1982 (Beilage)
 Militärdepartement. Mitbericht vom 1. November 1982 (Beilage)
 Volkswirtschaftsdepartement. Mitbericht vom 11. November 1982
 (Beilage)
 Justiz- und Polizeidepartement. Stellungnahme vom
 26. November 1982 (Beilage)
 Departement für auswärtige Angelegenheiten. Vernehmlassung
 vom 8. Dezember 1982 (Beilage)
 Militärdepartement. Vernehmlassung vom 3. Dezember 1982
 (Kenntnisnahme)
 Volkswirtschaftsdepartement. Vernehmlassung vom 9. Dezember
 1982 (Beilage)
 Justiz- und Polizeidepartement. Zusatzbericht vom
 19. Januar 1983 (Beilage)

Gestützt auf den Antrag und den Zusatzbericht des Justiz- und
 Polizeidepartements, das Mitberichtsverfahren und aufgrund der
 Beratung hat der Bundesrat

b e s c h l o s s e n :

1. Die Art und Weise der Entfernung des Abdelmalek wird dem
 Departement für auswärtige Angelegenheiten überlassen.
2. Von einer Presseorientierung wird vorläufig abgesehen.

Protokollauszug an:

- EJPD 10 zum Vollzug
- EDA 6 " "
- EMD 4 zur Kenntnis
- EVD 5 " "

Für getreuen Auszug,
 der Protokollführer:

Dodis





EIDGENÖSSISCHES JUSTIZ- UND POLIZEIDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE JUSTICE ET POLICE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DI GIUSTIZIA E POLIZIA

Ausgeteilt

VERTRAULICH

An den
Bundesrat

3003 Bern, den 4. Oktober 1982

Aktivitäten des Leiters des Libyschen Volksbüros in Bern,
 Mohamed ABDELMALEK

Antrag auf Abberufung des Genannten wegen nachrichtendienst-
 licher Tätigkeiten gegen die Schweiz

I.

Die nachrichtendienstliche Tätigkeit des Abdelmalek

1. Mohamed Abdelmalek gelangte im Zeitpunkt der Umwandlung der libyschen Vertretung in ein sogenanntes Volksbüro im Mai 1980 in die Schweiz. Als er damals im Hotel Bellevue in Bern wohnte, lernte er eine amerikanische Staatsbürgerin kennen, die dort angestellt war. Die anfänglich freundschaftlichen Kontakte zu ihr entwickelten sich mit der Zeit zu einer intimen Beziehung.

Als Leiter des Libyschen Volksbüros in Bern versuchte Abdelmalek seit Anbeginn, sich einen einflussreichen pro-libyschen Bekanntenkreis aufzubauen. Er stellte bald fest, dass seine Geliebte viele Personen aus den verschiedensten Berufskreisen und Gesellschaftsschichten kannte. Den Wert dieser Beziehungen erkennend, ging er sofort daran, diese für seine Zwecke auszunutzen. Er beauftragte seine Geliebte, ihr nahestehende und geeignete Personen abzuschöpfen, deren Einstellung zur

libyschen Politik auszuforschen und ihm darüber zu berichten. Er betraute sie auch mit eigentlichen nachrichtendienstlichen Beschaffungsaufträgen, wobei er die im nachrichtendienstlichen Beschaffungsbereich üblichen Methoden (Aufbau einer finanziellen Abhängigkeit und Druckausübung) zur Anwendung brachte.

Die Ermittlungen bestätigten die nachrichtendienstliche Tätigkeit

2. Die Amerikanerin gab im Rahmen des gegen sie wegen verbotener nachrichtendienstlicher Handlungen im Sinne von Art. 272 StGB geführten gerichtspolizeilichen Ermittlungsverfahrens den von Abdelmalek erhaltenen generellen Ausforschungs- und Informationsbeschaffungsauftrag gegen Politiker, Parlamentarier, Militärpersonen, Journalisten sowie andere wichtige Persönlichkeiten zu. Sie gestand weiter, dem Libyer im Rahmen dieses Auftrages Informationen und Persönlichkeitsschilderungen (Personencharakteristika, politische Interessenrichtung, Neigungen, Schwächen, allfällige Verwendung für die Interessenvertretung oder Interessenförderung eines fremden Staates usw) von Leuten aus ihrem Bekanntenkreis übermittelt zu haben.

Weiter gab sie dem Libyer Erkenntnisse aus unbefugt abgehörten Telefongesprächen aus der Bank weiter, in der sie nach der Entlassung aus dem Hotel Bellevue beschäftigt war, und kam dem dringlichen Interesse des Abdelmalek an der Organisation der Schweizer Armee und an entsprechenden Druckerzeugnissen nach, indem sie sich unter Verschleierung ihrer wahren Identität das Reglement "Militärorganisation der Schweizerischen Eidgenossenschaft" vom 1.8.1980 beschaffte und auch bereit war, dieses für den Libyer in die englische Sprache zu übersetzen.

3. Sämtliche im Zusammenhang mit dem erteilten Auftrag vorgenommenen Handlungen beging die Amerikanerin aus einer

Abhängigkeitssituation gegenüber Abdelmalek heraus. Die Drucksituation, in welche sie der Libyer hineinmanövrierte, ergab sich aus ihrer finanziellen Lage und der Notwendigkeit, von Abdelmalek unterstützt zu werden (für die Informationsbeschaffung übergab er ihr in Form von Geldzuwendungen und sonstigen Zahlungen insgesamt ca Fr. 14 200.--).

Die Ermittlungen bestätigten die nachrichtendienstliche Tätigkeit der Amerikanerin zugunsten des Libyers wie auch das Einrichten eines Nachrichtendienstes im Interesse eines fremden Staates durch Abdelmalek. Mit Verfügung vom 30. Juli 1982 hat das Eidg. Justiz- und Polizeidepartement deshalb die Ermächtigung für die Strafverfolgung der US-Bürgerin wegen politischen Nachrichtendienstes erteilt und die Durchführung des Verfahrens den Behörden des Kantons Bern übertragen.

4. Es zeigte sich weiter, dass Abdelmalek noch mit andern Frauen Beziehungen der geschilderten Art unterhält. So gelangte die Verbindung Abdelmaleks zu einer schweizerischen Angestellten der Städtischen Einwohnerkontrolle Bern zur Aufmerksamkeit, mit welcher er in Kontakt stand, und bei der er ebenfalls auf die Schaffung eines finanziellen Abhängigkeitsverhältnisses hingewirkt hat.

Strafbare Handlungen dieser Kontaktperson konnten bislang nicht ermittelt werden; sein Verhalten ist jedoch im Lichte der Bestrebungen, in der Schweiz nachrichtendienstliche "Stützpunkte" aufzubauen, zu sehen.

Seinen eigenen Angaben zufolge begab er sich am 11./12. Juni 1980 zusammen mit einem zweiten Beschuldigten per Auto von London nach Bern, um beim Libyschen Volksbüro 29 in England

II.

Illegaler Vertrieb von Schusswaffen und Munition an schweizerische Terroristensympathisanten durch das Libysche Volksbüro in Bern

1. Im Rahmen eines zwischenzeitlich an die Strafverfolgungsbehörden des Kantons Zürich delegierten Ermittlungsverfahrens gegen Angehörige der terroristischen Sympathisantenzene wegen Sprengstoffdelikten verhaftete die Polizei im November 1981 Claudia Bislin und Jürg Wehren. Die beiden Beschuldigten hatten vor ihrer Festnahme verschiedene Verstecke angelegt, welche sowohl Sprengstoff als auch Waffen und Munition enthielten. In einem dieser Verstecke konnten nebst verschiedener Munition unter anderem auch drei Revolver "Colt" sichergestellt werden.
2. Bei den Ermittlungen nach der Herkunft dieser drei Faustfeuerwaffen wurde mit den britischen Polizeibehörden Verbindung aufgenommen, weil alle erwähnten Revolver englische Beschusszeichen aufweisen. Aus England war zu erfahren, dass in London eine Strafuntersuchung gegen drei britische sowie einen pakistanischen Staatsangehörigen wegen illegaler Waffenausfuhr an diverse libysche Volksbüros in Europa, darunter auch jenes in Bern, im Gange sei. Gleichzeitig wurde der Bundesanwaltschaft eine Fahndungsliste übermittelt, worauf auch die drei erwähnten Revolver figurierten. Seither hat nach den Angaben der britischen Polizei einer der dort Beschuldigten zum fraglichen Fall ein Geständnis abgelegt.

Seinen eigenen Angaben zufolge begab er sich am 11./12. Juni 1980 zusammen mit einem zweiten Beschuldigten per Auto von London nach Bern, um beim Libyschen Volksbüro 29 in Englandhörige der schweizerischen Terroristensympathisantenzene mit Waffen versorgt hat.

erworbene Revolver sowie zwei Pistolen abzuliefern. Als verantwortlichen Ansprechpartner bei der libyschen Vertretung in Bern nannte er den Geschäftsträger Mohamed Abdelmalek. Dieser ersten Lieferung - in welcher die drei später in Zürich sichergestellten Colt-Revolver enthalten waren - soll am 28. Juni 1980 ein zweiter Waffentransport zum Libyschen Volksbüro Bern gefolgt sein. Der englische Lieferant gibt an, bei seinem zweiten Besuch wiederum einige Faustfeuerwaffen sowie 6 000 Schuss Munition übergeben zu haben.

Die Kontakte der Waffenlieferanten mit dem Libyschen Volksbüro in Bern wurden durch eigene Erkenntnisse der Bundesanwaltschaft untermauert.

2. In seiner vertraulichen Stellungnahme vom 31. August 1982 legte das Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten wesentlichen dar, dass
3. Auch wenn der Weg der drei Colts von der libyschen Vertretung in Bern zu den Terrorsympathisanten Bislin / Wehren in Zürich noch nicht rekonstruiert werden konnte - die beiden Beschuldigten, deren Strafuntersuchung noch andauert, verweigerten bis jetzt jede Aussage -, kann angesichts der festgestellten Zusammenhänge kein vernünftiger Zweifel daran bestehen, dass die libysche Vertretung in Bern Angehörige der schweizerischen Terrorsympathisanzszenen mit Waffen versorgt hat.

III.

Vorbesprechung der Abberufungsfrage

1. Mit Schreiben vom 15. Juli 1982 übermittelte die Bundesanwaltschaft dem Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten einen Amtsbericht über die nachrichtendienstliche Tätigkeit des Abdelmalek und informierte das Departement über Erkenntnisse, wonach die libysche Vertretung in Bern Angehörige der schweizerischen Terrorsympathisanzszenen mit Waffen versorgt hat.

Da Abdelmalek wegen der ihm zustehenden Immunität nicht gerichtlich belangt werden kann, wurde dem Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten beantragt, aus Sicherheitsgründen die Abberufung des Abdelmalek in die Wege zu leiten, ohne jedoch bei der Eröffnung der persona non grata-Erklärung auf die Waffenlieferungen zu verweisen (diese sind zurzeit noch Gegenstand weiterer Ermittlungen der Bundesanwaltschaft; es besteht der dringende Verdacht einer weitergehenden Vermittler- und Unterstützertätigkeit seitens des Libyschen Volksbüros in Bern).

1. Abdelmalek hat durch die nachrichtendienstliche Abschöpfung über seine amerikanische Geliebte erwiesenermassen im Interesse
 2. In seiner vertraulichen Stellungnahme vom 31. August 1982 legte das Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten im wesentlichen dar, dass
 - Abdelmalek, wie die übrigen Mitglieder des libyschen Volksbüros, anfänglich über keinerlei diplomatische Erfahrung verfügte und seine nachrichtendienstliche Tätigkeit mehr seinem Uebereifer und einer falsch verstandenen Sicht seiner beruflichen Aufgaben denn einer eigentlichen Spionageabsicht zuzuschreiben sei;
 - Abdelmalek über einflussreiche Beziehungen verfügt (er soll unter anderem in einem engen persönlichen Verhältnis zu Ghadhafi stehen) und deshalb eine Brüskierung Libyens durch seine Abberufung schweizerische Interessen (Wirtschaftsinteressen, Repressalien gegenüber unserer Mission und Landsleuten in Libyen) gefährden könnte;
 - Abdelmalek die Stellung eines Missionschefs zukomme und eine persona non grata-Erklärung eines Missionschefs im internationalen Verkehr eine äusserst gravierende Massnahme darstelle.
2. ... besitzt gefährlicher Terrrorsympathisanten mit direkten Verbindungen zur deutschen Terrrorszene aufgefunden wurden. Er stellt deshalb auch aus dieser Sicht ein erhebliches und nicht kalkulierbares Sicherheitsrisiko für unser Land dar.

Das Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten schlägt deshalb vor, lediglich einen Protest anzubringen und Abdelmalek zu verwarnen; auf eine Publikation des Falles sei zu verzichten.

IV.

Schlussfolgerungen

1. Abdelmalek hat durch die nachrichtendienstliche Abschöpfung über seine amerikanische Geliebte erwiesenermassen im Interesse eines fremden Staates zum Nachteil der Schweiz einen Nachrichtendienst eingerichtet. Die Kontakte zu einer Schweizer Angestellten lassen erkennen, dass er es nicht bei einem Fall hat bewenden lassen wollen, sondern dass er diese Art der Informationsbeschaffung als besonders erfolgversprechend betrachtet.
- Das Eidg. Justiz- und Polizeidepartement beehrt sich deshalb, Abdelmalek hat dadurch als akkreditierter Leiter des Libyschen Volksbüros in Bern nicht nur über längere Zeit hinweg auf dem Gebiete der Schweiz eine nachrichtendienstliche Tätigkeit im Sinne von Art. 272 StGB ausgeübt und dadurch seine diplomatische Stellung missbraucht; er wurde durch sein Vorgehen auch zum ernstzunehmenden Sicherheitsrisiko für unser Land.

Während die von Abdelmalek angestiftete Amerikanerin wegen verbotenen Nachrichtendienstes gerichtlich zur Verantwortung gezogen wird, kann der Genannte infolge seiner diplomatischen Immunität hiefür nicht belangt werden.

2. Abdelmalek hat weiter Faustfeuerwaffen entgegengenommen, die später im Besitze gefährlicher Terrorsympathisanten mit direkten Verbindungen zur deutschen Terrorszene aufgefunden wurden. Er stellt deshalb auch aus dieser Sicht ein erhebliches und nicht kalkulierbares Sicherheitsrisiko für unser Land dar.

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

DEPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES

3. Die Argumente des Eidg. Departementes für auswärtige Angelegenheiten rechtfertigen den Verzicht auf eine Abberufung Abdelmaleks nicht.

Dessen mangelnde diplomatische Erfahrung kann nicht massgebend sein, bedarf es doch keiner solchen, um (nicht) nachrichtendienstlich tätig zu sein. Auch darf wegen seiner Stellung oder wegen befürchteter Repressalien nicht auf die der Bedeutung des Falles angemessenen Sanktionen verzichtet werden. Es geht um einen grundsätzlichen Entscheid, der sich auch aus dem Gebot rechtsgleicher Behandlung des Auftraggebers gegenüber seiner gerichtlich belangten Agentin aufdrängt. Das nicht kalkulierbare und mit einer blossen Verwarnung nicht eliminierbare Sicherheitsrisiko ruft einer Erklärung des Mohamed Abdelmalek zur persona non grata.

4. Das Eidg. Justiz- und Polizeidepartement beehrt sich deshalb, dem Bundesrat zu

b e a n t r a g e n :

1. Der Leiter des Libyschen Volksbüros in Bern, Mohamed Abdelmalek, ist wegen seiner nachrichtendienstlichen Tätigkeit in unserem Land zur persona non grata zu erklären und durch die libysche Regierung abberufen zu lassen.
2. Es sei über die Pressemitteilung Beschluss zu fassen; ein Entwurf für eine Orientierung der Oeffentlichkeit liegt bei.

EIDGENOESSISCHES JUSTIZ-
UND POLIZEIDEPARTEMENT

Protokollauszug an

- EJPD 10 zur Kenntnis
- EDA 10 zur Kenntnis

H. Jung



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen
Prière de rappeler cette référence dans la réponse
Pregasi rammentare questo riferimento nella risposta

.3003 Berne, le 20 octobre 1982

CONFIDENTIEL

Distribué

Au Conseil fédéral

Activités du Chef du Bureau populaire libyen à Berne, M. Mohamed Abdelmalek

C o - r a p p o r t

relatif à la proposition du Département
de justice et police
du 4 octobre 1982

Par proposition du 4 octobre 1982, le Département de justice et police demande au Conseil fédéral de déclarer Abdelmalek "persona non grata" pour activités de renseignements contre la Suisse, avec publication d'un communiqué de presse.

Le Département des affaires étrangères ne peut pour sa part se rallier à cette proposition pour des raisons qu'il a déjà communiquées au Ministère public de la Confédération lors de la procédure inter-départementale de consultation. Ces raisons sont certes mentionnées sommairement sous chiffre III/2 et IV/3 de la proposition du DFJP, mais ce résumé ne reflète qu'imparfaitement le point de vue du DFAE. Nous nous voyons en conséquence amenés à revenir aux arguments que nous développons dans notre lettre du 31 août au Ministère public.

Nous ne méconnaissons pas que le comportement du Chef et des membres du Bureau populaire libyen, qui ne possédaient aucune expérience diplomatique au début de leur séjour en Suisse (mai 1980), a pu éveiller de grandes appréhensions. Nous devons toutefois également remarquer qu'ils se sont par la suite montrés réceptifs à nos remarques et qu'ils ont tenu compte de nos avertissements (fin juillet 1980) relatifs à une stricte observance des lois et coutumes suisses.

En ce qui concerne Abdelmalek, il se voit tout d'abord reprocher sa liaison avec une ressortissante américaine à laquelle il a versé de l'argent. Compte tenu du fait que cette femme avait un emploi fixe et un cercle de connaissances étendu, on peut se demander si l'élément de dépendance financière, et par conséquent la possibilité d'être victime de pressions, existe vraiment. D'autre part, il ne faut pas oublier qu'Abdelmalek a un très fort penchant pour les femmes et qu'il est naturellement enclin à céder facilement à cette faiblesse. Ce trait de caractère doit rester présent à l'esprit lorsqu'il s'agit d'apprécier le comportement général de l'intéressé.

Tout bien considéré, et selon les informations dont nous disposons, les activités de renseignements qui sont reprochées à Abdelmalek sur la base de ses contacts avec cette Américaine semblent plus relever d'un excès de zèle que d'un espionnage proprement dit qu'il eût exercé sur les instructions expresses de Tripoli.

Le deuxième reproche formulé contre Abdelmalek, à savoir son intérêt pour l'organisation de notre armée, amène de notre part les remarques suivantes.

Nous rappellerons tout d'abord que les autorités libyennes portent à notre système de milice un intérêt qui s'est officiellement concrétisé par la visite en Suisse d'une délégation d'officiers libyens, organisée du 24 au 26 mai 1982 par le Département militaire fédéral. Ensuite, c'est tout aussi officiellement que le DFAE a

transmis à la représentation libyenne, à la demande de celle-ci, le règlement sur l'organisation militaire de la Confédération suisse, et cela en accord avec le Chef du service juridique du DMF. Ce règlement, que l'Américaine aurait de son côté fourni à Abdelmalek, ne contient d'ailleurs rien d'autre que les articles militaires de la Constitution fédérale et l'arrêté fédéral sur l'organisation militaire publié au Recueil officiel. Enfin, il convient de noter que la Libye n'a accrédité aucun attaché militaire en Suisse et qu'il est dès lors compréhensible que ce soit le Chef de mission lui-même qui cherche à obtenir des informations normalement disponibles sur l'organisation de l'armée suisse.

Quant au troisième élément relevé contre Abdelmalek, relatif aux pistolets, il faut noter d'une part que cet événement remonte aux débuts du séjour des membres du Bureau populaire, dont nous avons parlé plus haut, et d'autre part que la police fédérale elle-même admet que les investigations dans cette affaire ne sont pas closes et que, dans l'intérêt de l'enquête, elle préfère que les mesures envisagées contre Abdelmalek ne soient pas fondées sur ce fait.

En tout état de cause, nous sommes d'avis qu'il existe également dans cette affaire des éléments d'appréciation politiques dont il faut tenir compte, en raison de l'importance qu'ils peuvent avoir pour les intérêts généraux de la Confédération.

C'est ainsi qu'il est impossible de prévoir les réactions de la Libye au cas où elle se sentirait brusquée par notre action, le Chef d'Etat libyen étant connu pour sa susceptibilité et son caractère imprévisible. Notons qu'Abdelmalek entretient avec Khadafi des rapports personnels étroits et qu'il dispose dans son pays de relations influentes. Dans deux cas d'arrestations de Suisses, qui auraient pu avoir pour les intéressés des conséquences graves, il a d'ailleurs obtenu personnellement leur libération.

On ne saurait d'autre part passer sous silence le danger qui pourrait résulter pour des intérêts suisses importants des mesures envisagées par le DFJP. Nous ne pensons pas ici qu'à des intérêts purement commerciaux - exportations en 1981 : 195 mio. de francs - mais aussi à l'importante activité des entreprises suisses en Libye, notamment dans le domaine de la construction. Sans vouloir dramatiser l'affaire, nous ne pouvons non plus, en tenant compte des particularités libyennes, exclure, comme l'ont prouvé un certain nombre d'événements récents dont des représentations étrangères occidentales à Tripoli ont été la cible, que tant notre Ambassade que les nombreux autres Suisses qui séjournent en Libye soient exposés à des actes de représailles, et nous ne voyons pas dans ces circonstances comment nous pourrions leur venir efficacement en aide.

Il faut aussi relever qu'Abdelmalek, malgré son titre de Secrétaire du Bureau populaire, est de facto le Chef d'une mission diplomatique. Le fait de déclarer un Chef de mission "persona non grata" est considéré comme une mesure très grave dans les relations internationales; une telle mesure est toujours remarquée et n'est en conséquence prise que dans des cas très exceptionnels. En ce qui nous concerne, nous n'avons pas le souvenir d'avoir dû recourir à un tel moyen depuis le début du siècle.

Conclusions

Les actes reprochés à Abdelmalek, tels qu'ils nous sont connus, ne nous paraissent pas d'une gravité telle qu'ils justifient le rappel d'un Chef de mission, qui est une mesure grave; en revanche, un sérieux avertissement du Secrétaire d'Etat du DFAE, qui ferait comprendre à Abdelmalek les conséquences que ses agissements entraîneraient immédiatement pour lui en cas de récidive, nous semble indiqué. Cette solution permettrait également d'éviter la publication d'un communiqué de presse. Si un tel communiqué devait malgré tout se révéler nécessaire en raison des conclusions de la procédure pénale introduite contre la ressortissante américaine, il conviendrait, vu ses répercussions sur nos relations

VERTRAULICH

EIDGENÖSSISCHES MILITÄRDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT MILITAIRE FÉDÉRAL
 DIPARTIMENTO MILITARE FEDERALE

- 5 -

No 143.1/82

3003 Bern, 1. November 1982

In der Antwort anzugeben

A rappeler

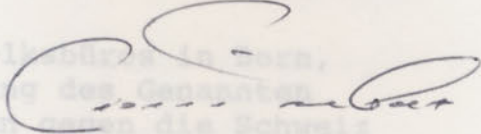
Ripetere nella risposta

avec un Etat étranger, qu'il soit rédigé conjointement par le
 DFJP et le DFAE.

AusgeteiltAn den Bundesrat

DEPARTEMENT FEDERAL
 DES AFFAIRES ETRANGERES

Aktivitäten des Leiters des Libyschen Volkshauses in Bern,
 Mohamed Abdelmalek, Antrag auf Abberufung des Generalstabes
 wegen nachrichtendienstlicher Tätigkeiten gegen die Schweiz


 Pierre Aubert

M i t b e r i c h t

zum Antrag des EJPD vom 4. Oktober 1982

Auf Seite 2 des Antrages EJPD wird erwähnt, dass die mit Abdelmalek
 liierte Amerikanerin unter Verschleierung ihrer wahren Identität
 das Reglement "Militärorganisation der Schweizerischen Eidgenossen-
 schaft" vom 1.8.1980 beschafft habe und bereit gewesen sei, dieses
 für den Libyer in die englische Sprache zu übersetzen.

Diese Aktivität kann unseres Erachtens jedoch keinesfalls als ver-
 botene nachrichtendienstliche Tätigkeit gewertet werden. Beim frag-
 lichen - übrigens nicht klassifizierten - Reglement handelt es
 sich nämlich lediglich um einen Separatdruck der Militärartikel der
 Bundesverfassung und des Bundesgesetzes über die Militärorganisa-
 tion. Beide Erlasse sind in der Amtlichen Gesetzessammlung ver-
 öffentlicht. Dieses Reglement kann denn auch von jedermann käuf-
 lich erwerben werden.

Nach unserer Beurteilung liegen keine ausreichenden Gründe für
 eine Abberufung vor.

EIDGENÖSSISCHES MILITÄRDEPARTEMENT


 G.-A. Chevallier



EIDGENÖSSISCHES MILITÄRDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT MILITAIRE FÉDÉRAL
 DIPARTIMENTO MILITARE FEDERALE

No 143.1/82

3003 Bern, 1. November 1982

In der Antwort anzugeben
 A rappeler dans la réponse
 Ripeterlo nella risposta

AusgeteiltAn den Bundesrat

Aktivitäten des Leiters des Libyschen Volksbüros in Bern,
 Mohamed Abdelmalek, Antrag auf Abberufung des Genannten
 wegen nachrichtendienstlicher Tätigkeiten gegen die Schweiz

M i t b e r i c h t

zum Antrag des EJPD vom 4. Oktober 1982

Auf Seite 2 des Antrages EJPD wird erwähnt, dass die mit Abdelmalek
 llierte Amerikanerin unter Verschleierung ihrer wahren Identität
 das Reglement "Militärorganisation der Schweizerischen Eidgenossen-
 schaft" vom 1.8.1980 beschafft habe und bereit gewesen sei, dieses
 für den Libyer in die englische Sprache zu übersetzen.

Diese Aktivität kann unseres Erachtens jedoch keinesfalls als ver-
 botene nachrichtendienstliche Tätigkeit gewertet werden. Beim frag-
 lichen - übrigens nicht klassifizierten - Reglement handelt es
 sich nämlich lediglich um einen Separatdruck der Militärartikel der
 Bundesverfassung und des Bundesgesetzes über die Militärorganisa-
 tion. Beide Erlasse sind in der Amtlichen Gesetzessammlung ver-
 öffentlicht. Dieses Reglement kann denn auch von jedermann käuf-
 lich erworben werden.

Nach unserer Beurteilung liegen keine ausreichenden Gründe für
 eine Abberufung vor.

EIDGENOESSISCHES MILITÄRDEPARTEMENT


 G.-A. Chevallaz



EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA

121.6

Bern, den 11. November 1982

VERTRAULICHAusgeteiltAn den B u n d e s r a t

Aktivitäten des Leiters des Libyschen Volksbüros in Bern,
 Mohamed Abdelmalek

M i t b e r i c h t

zum Antrag des Justiz- und Polizeidepartements
 vom 4. Oktober 1982

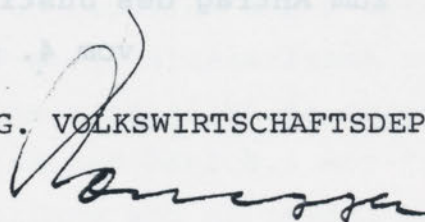
Das Justiz- und Polizeidepartement schlägt vor, den Leiter des Libyschen Volksbüros in Bern, Mohamed Abdelmalek, wegen seiner nachrichtendienstlichen Tätigkeit in unserem Land als "persona non grata" zu erklären und durch die libysche Regierung abberufen zu lassen. In einer Pressemitteilung soll die Öffentlichkeit in geeigneter Weise orientiert werden. Demgegenüber empfiehlt das Departement für auswärtige Angelegenheiten, auf eine Ausweisung zu verzichten und anstatt dessen eine ernste Warnung zu erteilen. Die Veröffentlichung einer Pressemitteilung wäre zu vermeiden.

Wir haben für die Argumentation und Schlussfolgerungen des EDA einiges Verständnis. Libyen zählt zu unseren wichtigeren

Handelspartnern in Afrika. Dazu kommt, dass etliche Dienstleistungsfirmen, namentlich der Baubranche, in Libyen mit eigenem Personal tätig sind und zum Teil bedeutende Aufträge realisieren. Andererseits zählt Libyen zu unseren wichtigsten Lieferanten für unbearbeitetes Erdöl. Die Handelsstatistik der ersten 9 Monate dieses Jahres zeigt, dass Libyen derzeit mit einem Anteil von 22,1 % den ersten Platz einnimmt.

Libyen, das sich eigene Spielregeln gesetzt hat, ist in seinen Massnahmen gegenüber dem Ausland nicht immer sehr wählerisch, wie die kürzliche Blockierung italienischer und spanischer Guthaben gezeigt hat. Wir möchten dies dem Bundesrat zur Kenntnis bringen, jedoch gleichzeitig betonen, dass die wirtschaftliche Interessenlage in gravierenden sicherheitspolitischen Fällen selbstverständlich zurückzutreten hat.

EIDG. VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT





EIDGENÖSSISCHES JUSTIZ- UND POLIZEIDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE JUSTICE ET POLICE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DI GIUSTIZIA E POLIZIA

VERTRAULICH

An den
Bundesrat

Ausgeteilt

3003 Bern, 26. November 1982

Aktivitäten des Leiters des libyschen Volksbüros in Bern, Mohamed Abdelmalek; Antrag des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes vom 4. Oktober 1982 auf Abberufung des Genannten

S t e l l u n g n a h m e

zu den Mitberichten des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten vom 20. Oktober 1982, des Eidgenössischen Militärdepartementes vom 1. November 1982 und des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes vom 11. November 1982

1. Die nachrichtendienstliche Tätigkeit des Abdelmalek

a) Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten führt die erwiesene nachrichtendienstliche Tätigkeit des Abdelmalek auf seine anfängliche diplomatische Unerfahrenheit, seinen Uebereifer und eine falsch verstandene Sicht seiner beruflichen Aufgaben zurück. Dem ist entgegenzuhalten:

- Die Kontaktaufnahme Abdelmaleks mit seiner Agentin fiel zwar tatsächlich in die Zeit der Umwandlung der

diplomatischen Vertretung Libyens in ein Volksbüro der (Mai 1980); die effektive nachrichtendienstliche Ab-schöpfung durch Abdelmalek fand aber später statt. Das gerichtspolizeiliche Ermittlungsverfahren gegen die für den Libyer arbeitende Amerikanerin wurde erst am 26. Januar 1981 eröffnet. Die Verdachtselemente haben sich nach diesem Datum konkretisiert. In diesem Moment konnte von diplomatischer Unerfahrenheit oder mangelnden Kenntnissen über hiesige Gepflogenheiten keine Rede mehr sein; dies umso mehr nicht, als das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten - wie es im Mitbericht darlegt - Ende Juli 1980 das libysche Volksbüro dazu ermahnt hat, unsere Gesetze zu respektieren. Wir erinnern daran, dass das libysche Volksbüro unter der Leitung Abdelmaleks Mitte 1980 in Bestrebungen verwickelt war, in der Schweiz bzw. von der Schweiz aus Regimegegner zu liquidieren.

b) Nach der Ansicht des Eidgenössischen Departementes für - Zudem ist einem Schreiben der schweizerischen Vertretung in Tripolis vom 22. Mai 1980 zu entnehmen, dass es sich bei Abdelmalek um einen bewährten Revolutionär handeln soll, der wegen seiner Aktivitäten aus den USA ausgewiesen wurde. Abdelmalek wurde gemäss Angaben aus zuverlässiger Quelle in den USA, wo er unter dem Namen Muhammad Salih ABD-AL-MALIK AL-TARHUNI in der Sektion für kulturelle Angelegenheiten bei der libyschen Botschaft in Washington tätig war, am 4. April 1980 tatsächlich zur persona non grata erklärt, weil er in eine Einschüchterungskampagne gegen dissidente libysche Studenten verwickelt war. Es handelt sich bei Abdelmalek laut einer ergänzenden Meldung derselben zuverlässigen Quelle um einen Hauptmann des libyschen militärischen Nachrichtendienstes, mithin der für die Aktivitäten des Auslands-Nachrichtendienstes der libyschen Regierung verantwortlichen Organisation.

Nachrichtendienst zur Last gelegt.

Es sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, dass der Bundesrat in seiner Stellungnahme vom 3. September 1980 zu den Berichten der Geschäftsprüfungs- und der Militärkommission des Nationalrates (Konsequenzen aus dem Fall Jeanmaire) für derartige Fälle - wenn sich aus glaubhaften ausländischen Quellen konkrete Hinweise auf die Zugehörigkeit eines Diplomaten zu einem Geheimdienst ergeben - die Ausweisung des betroffenen Diplomaten aus der Schweiz nicht erst beim (im übrigen hier vorliegenden) Beweis für seine nachrichtendienstliche Tätigkeit, sondern bereits dann vorsieht, wenn sich ND-typische Merkmale zu einem dringenden Verdacht verdichten. Hätte die Bundesanwaltschaft von der Abberufung des Abdelmalek in den USA rechtzeitig Kenntnis erhalten, so hätte sie bereits beim Vorliegen seines Gesuches für die Schweiz den Antrag gestellt, ihn nicht zu akkreditieren.

- b) Nach der Ansicht des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten und des Eidgenössischen Militärdepartementes liegen ausreichende Gründe für eine Abberufung des Abdelmalek deshalb nicht vor, weil die Beschaffung des Reglements "Militärorganisation der Schweizerischen Eidgenossenschaft" nicht als ND-Tätigkeit gewertet werden könne (das Reglement ist nicht klassifiziert).
Hierzu ist zu bemerken, dass diese Beschaffungsaktion lediglich als Beispiel für die Zielrichtung der nachrichtendienstlichen Anstrengungen des Abdelmalek exemplarisch herausgegriffen und nicht für sich allein bewertet wurde. Die Tatsache, dass ihm diese aus dem Gesamtkomplex herausgegriffene Beschaffungsaktion nun nachrichtendienstlich nicht angelastet werden kann, kann ihn im Hinblick auf die Summe der übrigen nachrichtendienstlichen Tätigkeiten auch nicht entlasten. Es wird Abdelmalek im übrigen ja nicht militärischer, sondern ausschliesslich politischer Nachrichtendienst zur Last gelegt.

c) Die von Abdelmalek eingespannte amerikanische Agentin wird wegen verbotenen politischen Nachrichtendienstes gerichtlich zur Verantwortung gezogen werden. Die Angelegenheit wird damit mit der gerichtlichen Untersuchung ohnehin bekanntwerden. Die Oeffentlichkeit wird im Falle der Unterlassung von Massnahmen gegen Abdelmalek unweigerlich die Frage aufwerfen, warum zwar die Agentin, nicht aber deren Auftraggeber belangt worden ist.

2. Entgegennahme von Faustfeuerwaffen durch Abdelmalek, die später in den Händen gefährlicher Terrorsympathisanten mit direkten Verbindungen zur deutschen Terrorszene aufgefunden wurden

Es trifft zu, dass gemäss unserem Antrag (dem ausdrücklichen Wunsch der Bundesanwaltschaft entsprechend) die Waffenlieferungen an das libysche Volksbüro in Bern bei der Abberufungsbegründung nicht erwähnt werden sollten. Wir haben Verständnis für die Bedenken des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten, die Abberufung des Abdelmalek zu verlangen, solange dieses gravierende Element bei der persona non grata-Erklärung nicht ins Feld geführt werden kann.

In der Zwischenzeit ist nun in England der Prozess gegen drei britische und einen pakistanischen Staatsangehörigen wegen illegaler Waffenausfuhr an diverse libysche Volksbüros in Europa, darunter auch jenes in Bern, aufgenommen worden. Unter den Angeklagten befindet sich auch jener Mann, der zugegebenermassen erstmals am 11./12. Juni 1980 zusammen mit einem Mitangeklagten beim libyschen Volksbüro in Bern 29 in England erworbene Revolver ablieferte, wovon später drei bei den Zürcher Terrorsympathisanten mit direkten Verbindungen zur deutschen Terrorszene auftauchten, und der Abdelmalek als verantwortlichen Ansprechpartner bei der libyschen Vertretung bezeichnete (eine zweite Waffenlieferung war

bekanntlich am 28. Juni 1980 erfolgt). Die englischen Behörden haben nun ihr Einverständnis erteilt, von diesen Erkenntnissen im vorliegenden Zusammenhang Gebrauch zu machen.

Damit ist es nach Ansicht der Bundesanwaltschaft nun möglich, Abdelmalek auch das Moment der Waffenlieferungen zur Last zu legen. Die persona non grata-Erklärung kann sich deshalb auch auf diese wichtige Belastung abstützen, womit den Bedenken des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten Rechnung getragen wird.

Wir sind uns durchaus bewusst, dass nur gravierende sicherheitspolitische Gründe eine Abberufung des Abdelmalek zu rechtfertigen vermögen. Da vorliegend nicht nur von den

3. Befürchtete Repressalien

Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten macht geltend, Abdelmalek verfüge über einflussreiche Beziehungen in Libyen (enges persönliches Verhältnis zu Ghadhafi), und eine Brüskierung Libyens durch seine Abberufung könnte

- unvorhersehbare Reaktionen seitens Ghadhafis auslösen
- unsere Wirtschaftsbeziehungen zu Libyen und damit schweizerische Wirtschaftsinteressen tangieren
- Repressalien gegenüber unserer Mission in Libyen und dort lebenden Landsleuten hervorrufen.

Das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement zeigt für die Argumentation und Schlussfolgerungen des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten Verständnis und unterstreicht die Wichtigkeit unserer Wirtschaftsbeziehungen zu Libyen, betont aber gleichzeitig, dass die wirtschaftliche Interessenlage in gravierenden sicherheitspolitischen Fällen selbstverständlich zurückzutreten habe.

- EDA 5 zur Kenntnis
- BMD 5 zur Kenntnis
- EVD 5 zur Kenntnis

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

DEPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
DIPARTIMENTO FEDERALEGLI AFFARI ESTERI

Hierzu ist folgendes zu bemerken.

Die Argumentation des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten ist gefährlich. Auf die im Zeichen eines wirksamen Staatsschutzes gebotenen Handlungen zu verzichten, weil der betroffene Staat reagieren könnte, kommt einem Sicherpressenlassen, einer Selbstaufgabe und einem Hinnehmen von gegen die innere Sicherheit gerichteten Handlungen gleich. Mit der gleichen Argumentation hätte man auf die Verurteilung der in der Schweiz verhafteten armenischen Terroristen verzichten können (ja müssen!), um den Repressalien des armenischen Terrorismus zu entgehen.

Wir sind uns durchaus bewusst, dass nur gravierende sicherheitspolitische Gründe eine Abberufung des Abdelmalek zu rechtfertigen vermögen. Da vorliegend nicht nur von den nachrichtendienstlichen Belastungen auszugehen ist, sind die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt.

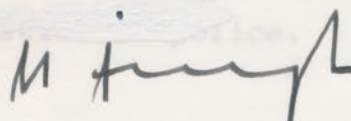
Die bekanntgewordenen belastenden Erkenntnisse über die Tätigkeit Abdelmaleks vor seinem Stellenantritt in der Schweiz (bereits im Ausland erkannt als Hauptmann des libyschen Geheimdienstes; Ausweisung aus den USA), sein Mitwirken bei den libyschen Bestrebungen zur Liquidierung oppositioneller Landsleute, seine konkrete Implikation in Unterstützungshandlungen zugunsten des Terrorismus und schliesslich seine erwiesene nachrichtendienstliche Tätigkeit machen Abdelmalek gesamthaft gesehen für die Schweiz zu einem Sicherheitsrisiko von besonderer Bedeutung.

Aus diesem Grunde halten wir an unserem Antrag auf Abberufung des Abdelmalek und Veröffentlichung einer Pressemitteilung fest.

Protokollauszug an

- BK 5 zur Kenntnis
- EJPD 5 zur Kenntnis
- EDA 5 zur Kenntnis
- EMD 5 zur Kenntnis
- EVD 5 zur Kenntnis

EIDGENÖSSISCHES JUSTIZ-
UND POLIZEIDEPARTEMENT





EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

3003 Berne, le 8 décembre 1982

Confidentiel

Distribuée

Au Conseil fédéral

Activités du Chef du Bureau
populaire libyen à Berne,
M. Mohamed Abdelmalek

Co-rapport complémentaire

relatif au rapport complémentaire du Département de justice
et police du 26 novembre 1982

1. Le rapport complémentaire du Département de justice et police du 26 novembre 1982 contient toute une série d'éléments importants, qui ne figuraient pas dans la première proposition présentée par ce Département et qui ont pour but d'établir qu'Abdelmalek était connu sur le plan international comme ayant eu des activités de renseignements.

Nous devons toutefois relever que les éléments nouveaux se rapportent à des faits qui se sont produits alors qu'Abdelmalek n'était pas encore en Suisse. Les événements qui touchent à l'affaire de la livraison de pistolets remontent au début du séjour d'Abdelmalek dans notre pays et de l'ouverture du Bureau populaire libyen; la question de savoir dans quelle mesure Abdelmalek lui-même a été mêlé personnellement à cette affaire est d'ailleurs laissée ouverte dans le rapport complémentaire du Département de justice et police.

2. Au début du séjour d'Abdelmalek en Suisse, comme nous l'avons déjà relevé dans notre co-rapport du 20 octobre 1982, son comportement en tant que chef du Bureau populaire laissait encore à désirer et les remarques que nous avons été amenés à lui faire, d'entente d'ailleurs avec la Police fédérale, n'avaient pas encore porté leurs fruits. Nous avons pu noter, qu'à la suite de notre avertissement, Abdelmalek a montré une plus grande prudence dans ses actes. Nous constatons en particulier que le sérieux reproche formulé contre lui dans l'affaire du règlement sur l'organisation militaire de la Confédération est présenté d'une manière telle qu'il peut être considéré sans objet.

Le Département des affaires étrangères continue donc à penser que, mis à part le comportement d'Abdelmalek au début de son séjour dans notre pays, comportement qui fut d'ailleurs celui de l'ensemble des membres du Bureau populaire, ses agissements ne sauraient justifier une sanction aussi exceptionnelle que le rappel d'un chef de mission. Le parallèle que le Département de justice et police tente d'établir entre le terrorisme arménien et cette affaire n'est pas fondé, les mesures prises à juste titre contre les terroristes et celles envisagées contre le représentant officiel d'un chef d'Etat étant de nature et de portée fondamentalement différentes.

3. Ce que nous savons maintenant d'Abdelmalek place tant son comportement que sa crédibilité en tant qu'interlocuteur valable et en tant que chef de la mission libyenne en Suisse sous un autre éclairage. Il aurait été toutefois utile pour nous d'être, dans le premier rapport du Département de justice et police du 4 octobre 1982, déjà pleinement informés sur le prénommé.

Si le Département des affaires étrangères peut donc se rallier à l'idée d'un départ d'Abdelmalek et cela d'autant plus que le procès intenté contre la citoyenne américaine risque de

débuter prochainement, il aimerait néanmoins souligner que ce départ devrait se dérouler sans éclat inutile. Il est à relever dans ce contexte que certaines puissances étrangères se sont tout particulièrement intéressées aux relations que la Suisse entretient avec la Libye. Le Département des affaires étrangères a noté l'attention inhabituelle que l'ambassade des Etats-Unis a portée non seulement à la présence d'Abdelmalek à Berne, mais également à l'existence entre la Suisse et la Libye de relations normales, relations que, vu la politique américaine d'isoler la Libye de Kadhafi, elle ne voyait pas d'un très bon oeil. Nous devons donc veiller avant tout autre chose à préserver les intérêts de notre pays et à ne pas apparaître comme étant la proie de manoeuvres venant de l'extérieur.

2. que si un communiqué de presse devait se révéler nécessaire, Tout bien considéré, le Département des affaires étrangères reste convaincu que le rappel formel d'Abdelmalek n'est pas la meilleure solution pour sauvegarder nos intérêts. Etant donné l'état actuel de l'affaire, il est d'avis que le Secrétaire d'Etat du Département des affaires étrangères devrait convoquer Abdelmalek, lui faire connaître les reproches que nous avons à son égard, lui faire comprendre que ses agissements sont incompatibles avec son statut diplomatique, le rendre attentif aux conséquences qui résulteront de la procédure pénale engagée contre la ressortissante américaine et enfin l'enjoindre de quitter notre territoire.

4. Comme nous l'avons déjà dit dans notre co-rapport du 20 octobre 1982, nous estimons que la solution que nous proposons permettrait en outre d'éviter la publication immédiate d'un communiqué de presse. Il semble opportun en effet d'attendre le déroulement de la procédure pénale introduite contre la ressortissante américaine avant de décider si l'on veut rendre publique cette affaire. Si un communiqué devait, par la suite, se révéler nécessaire, il conviendrait alors, vu les répercussions sur nos relations avec un Etat étranger, qu'il soit rédigé conjointement par le Département de justice et police



- 4 -
 EIDGENOSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA

et le Département des affaires étrangères.

121.6

Vertraulich

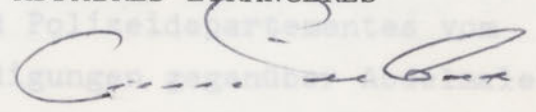
Bern, den 9. Dezember 1982

Aus: Vu ce qui précède et vu les arguments avancés dans son co-rapport du 20 octobre 1982 qu'il maintient, le Département des affaires étrangères

An den Bundesrat
 p r o p o s e :

1. que le Secrétaire d'Etat du Département des affaires étrangères convoque Abdelmalek pour lui faire part des raisons qui nécessitent son départ, sans qu'il soit besoin de déclarer formellement le Chef du Bureau populaire libyen "persona non grata";
2. que si un communiqué de presse devait se révéler nécessaire, son contenu devrait être rédigé conjointement par le Département de justice et police et le Département des affaires étrangères.

DEPARTEMENT FEDERAL DES
 AFFAIRES ETRANGERES


 Pierre Aubert

Die Ausführungen des Justiz- und Polizeidepartementes vom 26. November rücken die Anschuldigungen gegen Abdelmalek in ein neues Licht. Seine Ausweisung ist unvermeidlich. In welcher Form diese zu erfolgen hat, ist eine Ermessensfrage. Wir neigen dazu, möglichst wenig Aufsehen zu erregen, um unsere Wirtschaftsinteressen mit Libyen nicht unnötigerweise zu belasten.

EIDG. VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT



EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA

121.6

VertraulichAusgeteilt

Bern, den 9. Dezember 1982

An den Bundesrat

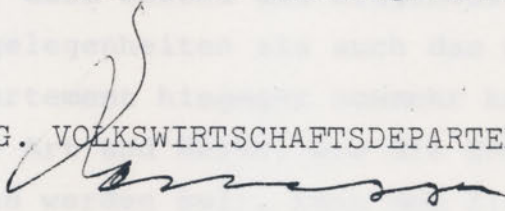
Aktivitäten des Leiters des libyschen Volksbüros in Bern,
 Mohamed Abdelmalek

Vernehmlassung

zur Stellungnahme des Justiz- und Polizeidepartementes vom
 26. November 1982

Die Ausführungen des Justiz- und Polizeidepartementes vom 26. November rücken die Anschuldigungen gegenüber Abdelmalek in ein neues Licht. Seine Ausweisung wird unvermeidlich. In welcher Form diese zu erfolgen hat, ist eine Ermessensfrage. Wir neigen dazu, möglichst wenig Aufsehen zu erregen, um unsere Wirtschaftsinteressen mit Libyen nicht unnötigerweise zu belasten.

EIDG. VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT





EIDGENÖSSISCHES JUSTIZ- UND POLIZEIDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE JUSTICE ET POLICE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DI GIUSTIZIA E POLIZIA

VERTRAULICH

An den
Bundesrat

Ausgeteilt

3003 Bern, 19. Januar 1983

Aktivitäten des Leiters des libyschen Volksbüros in Bern,
 Mohamed Abdelmalek

Z u s a t z b e r i c h t

zu den Vernehmlassungen des Eidgenössischen Departementes für
 auswärtige Angelegenheiten vom 8. Dezember 1982 und des Eidge-
 nössischen Volkswirtschaftsdepartementes vom 9. Dezember 1982

Im Fall Abdelmalek geht es um die Entfernung dieses als Sicher-
 heitsrisiko einzustufenden Libyers vom schweizerischen Gebiet.
 Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement entnimmt den
 vorliegenden Vernehmlassungen, dass sowohl das Eidgenössische
 Departement für auswärtige Angelegenheiten als auch das Eidge-
 nössische Volkswirtschaftsdepartement hiegegen nunmehr keine
 Einwendungen mehr erheben. Die Art und Weise, wie die Entfer-
 nung des Abdelmalek vorgenommen werden soll, kann dem Eidge-
 nössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten über-
 lassen werden. Das Eidgenössische Justiz- und Polizeideparteme-
 nt hat Verständnis für eine Lösung, welche unsere Beziehungen
 zu Libyen am wenigsten belastet.

Auf eine Presseorientierung kann vorläufig verzichtet werden. Die Frage wird jedoch - damit ist das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten einverstanden - im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Prozess gegen die von Abdelmalek eingesetzte Amerikanerin gemeinsam mit dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten neu zu prüfen sein.

Militärdepartement. Antrag vom 20. Januar 1983 (Beilage)

Gestützt auf den Antrag des Militärdepartements und aufgrund der Beratung hat der Bundesrat

b e s c h l o s s
EIDGENÖSSISCHES JUSTIZ-
UND POLIZEIDEPARTEMENT

Der Entwurf eines Antwortschreibens an den Gemeinderat von Rothenthurm (neue Fassung v. 20. 1. 1983) wird mit einer Änderung genehmigt.

E. Lüscher

Mitteilung:

An den Gemeinderat Rothenthurm, durch das Militärdepartement

Protokollausszug (Antrag ohne Beilage) an:

- EMD 4 zum Vollzug

Für getreuen Ausszug,
der Protokollführer:

[Handwritten signature]